

Essens mobile Zukunft

23.04.2026

Hier präsentieren wir Euch unsere programmatischen Grundsätze für die Essener Verkehrspolitik

ERHALT DER INDIVIDUELLEN MOBILITÄT

Grundsätzlich lehnt die AfD auch zukünftig ein Verbot von Verbrennerfahrzeugen ab. Gleiches gilt auch für Verkehrsverbote speziell von Dieselfahrzeugen. Berücksichtigt man die Herstellungsprozesse der Autos, so sind die CO²-Belastungen von E-Autos nicht auffallend geringer. Eine flächendeckende stadtweite Einführung von Tempo 30 km/h beeinträchtigt die Verkehrsleistung des Straßennetzes und wird daher durch die AfD abgelehnt.

NORD- SÜDVERKEHR

Essen hat weiterhin keine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung für den Autoverkehr. Der Weiterbau der A 52 bis zur A 40 in Tunnellage ergäbe nicht nur eine Entlastung zahlreicher innerstädtischer Straßen, sondern würde auch die Wohnsituation besonders in den nördlichen Essener Stadtteilen merklich verbessern.

FAHRRADVERKEHR

Dem Bau von Fahrradinfrastruktur bei gleichzeitiger Reduzierung von Autoparkplätzen und der Abschaffung von Autofahrspuren erteilt die AfD eine Absage und fordert eine grundlegende Korrektur der Maßnahmen des Radentscheides.

VERKEHR AUF DER RÜ

Eine Rückkehr zu den durch CDU und Bündnis 90 Grüne eingeführten und aufgrund laufendem Verwaltungsrechtsstreit ausgesetzten Einbahnstraßenreglungen mit Abbiegezwängen lehnt die AfD entschieden ab. Hände weg von der RÜ!

TAXIVERKEHR

Der zu vorgegebenen Preistarifen verpflichtete Taxiverkehr kämpft derzeit gegen eine Mietwagenkonkurrenz ohne Tarifsysteem. Dieser Zustand ist für die Taxibetreiber ungerecht und muss nach Auffassung der AfD zugunsten des Taxigewerbes korrigiert werden.

ELEKTROROLLER

Seit Einführung der E-Roller ärgern sich die Bürger zurecht über diese oftmals in gefährlicher Position im Verkehrsraum herumliegenden Fahrgeräte. Den Betreibern sind entsprechende Auflagen einer verkehrssicheren Abstellposition aufzuerlegen.

BLITZANLAGEN ZUR GESCHWINDIGKEITSÜBERWACHUNG

Das Geld aus den Einnahmen der Blitzanlagen sind eine feste Position im Essener Haushalt. Die AfD ist wie viele Bürger der Auffassung, dass bei einigen Blitzstandorten die Geldeinnahme im Vordergrund steht, die Verkehrssicherheit aber zweitrangig ist (Beispiel: Blitzer an der A 40-Ausfahrt Essen Zentrum). Die AfD betrachtet diese Vorgehensweise als bürgerfeindlich und hält solche Standorte für verzichtbar.